



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf., - Anfertigungsgebühr für den Raum einer festbestimmten Petit-Zeile 20 Pf., - Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Ausserdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 478. Mittag-Ausgabe.

Siebentundfünfzigster Jahrgang. - Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 12. October 1876.

## Deutschland.

**Berlin, 11. Oct.** [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Stadtrath und Stadtkämmerer Günther zu Tilsit den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Geheimen Regierungs- und Schulrath Crüger zu Stettin den königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse; dem Pastor Kellner zu Schwirz im Kreise Namslau, dem Lehrer Sievert am Gymnasium zu Wernigerode und dem Gerichtsdiener Trumpp zu Wernigerode den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat der Wahl des Gymnasial-Oberlehrers Dr. Franz Adam in Wöngrowitz zum Director des Gymnasiums in Patzschau die Bestätigung ertheilt; und den Appellationsgerichts-Referendar a. D. Koesz zu Magdeburg, in Folge der von der Stadtverordnetenversammlung zu Budau bei Magdeburg getroffenen Wahl, als zweiten Bürgermeister (Beigeordneten) der Stadt Budau für die gesetzliche zwölfjährige Amtsdauer bestätigt.

Beim Friedrichs-Collegium zu Königsberg i. Pr. ist der ordentl. Lehrer Dr. Victor Merguet, und am Wilhelms-Gymnasium daselbst der ordentl. Lehrer Dr. Oscar Erdmann zum Oberlehrer befördert worden. Der praktische Arzt Dr. Risse zu Thorn ist zum Kreiswundarzt des Kreises Thorn ernannt worden. - Der Rechtsanwalt und Notar Meißner zu Thierried ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Quedlinburg mit Anweisung seines Wohnsitzes in Achtersleben versetzt worden.

**Berlin, 11. Oct.** [Se. Majestät der Kaiser und Königin] nahmen am Montag in Baden die Vorträge des Geh. Legations-Rathes v. Bülow, sowie des Militär- und des Civil-Cabinetts entgegen und empfingen einige Fremde von Distinction. (Reichs-N.)

**Berlin, 11. Oct.** [Der Militärstat. - Dementi. - Fremde Orden.] Aus dem nunmehr dem Bundesrathe vorliegenden Militäretat dürften nachstehende Angaben von Interesse sein. Bekanntlich umfaßt der Etat drei Abtheilungen: den Etat für das preussische Contingent und die in die preussische Verwaltung übernommenen Contingente anderer Bundesstaaten, den Etat für Sachsen und den Etat für Württemberg. Der Etat für Preußen bezieht sich in der Einnahme für das erste Vierteljahr 1877 auf 76,837 Mark gegen 268,327 Mark im Vorjahr. Die Mindereinnahme ergibt sich, weil Verkäufe von Grundstücken und von Armentungsmaterial aus den eingegangenen Festungen, wofür der Etat für 1876 einen erheblichen Erlös veranschlagt hatte, für das erste Vierteljahr 1877 nicht in Aussicht zu nehmen sind. Die fortdauernden Ausgaben betragen 60,040,666 Mark gegen 60,703,483 Mark im Vorjahr. Die Minderausgaben fallen namentlich auf die Positionen Geld- und Naturalversorgung der Truppen und Reserven, sowie auf den Ankauf von Remontepferden und erklären sich dadurch, daß die betr. Ausgaben im ersten Vierteljahre nur in geringerem Maße vorzukommen pflegen. Mehrausgaben fallen auf das Garnisons-Verwaltungs- und Servicewesen, auf das Medicinalwesen und die Verwaltung der Remonte-Depots und resultiren vorzugsweise daraus, daß es sich um ein Winterquartal handelt und die Ernteausbeuten für das gegenwärtige Jahr ungenügend sind. Die einmaligen Ausgaben von 28,692 M. dienen zur Gewährung von Zulagen an die Unteroffiziere in Elsaß-Lothringen. - Zu dem gleichen Zwecke führt der Etat für Sachsen 3264 Mark auf, dazu kommen noch an einmaligen Ausgaben 250,000 Mark zum Neubau von Kasernen in Dresden. Die fortdauernden Ausgaben für Sachsen betragen 4,534,751 Mark gegen 4,625,626 Mark im Vorjahre, für Württemberg 3,289,070 Mark gegen 3,360,769 Mark im Vorjahre. Die Differenzen in den Hauptsummen wie in den einzelnen Positionen erklären sich vorzugsweise, wie bei dem preussischen Etat, ebenso dienen für Württemberg 2193 Mark an einmaligen Ausgaben gleichfalls zur Gewährung von Zulagen an die Unteroffiziere in Elsaß-Lothringen. - Eine hiesige lithographirte Correspondenz knüpft an die Nachricht über die Wahltermine für den Landtag die Mittheilung, daß Graf Culenburg mit den vom Fürsten Bismarck unterzeichneten, darauf bezüglichen Documenten von Paris zurückgekommen sei. Diese Mittheilung ist unrichtig. Graf Culenburg ist noch gar nicht zurückgekehrt, sondern wird erst zu Ende der Woche wieder in Berlin erwartet. Die betreffenden Verordnungen sind auf Grund der vom Staatsministerium gefaßten Beschlüsse von Seiten des Königs in Baden-Baden vollzogen worden, und die Ausführungserlasse an die Provinzial-Behörden sind sämtlich bereits unterwegs. - Ein Pariser Blatt erzählt, die deutsche Regierung habe erklärt, sie werde die Anlegung der aus Anlaß der Ausstellung für Gesundheitspflege zu Brüssel verlesenen Orden nicht gestatten, um auf diese Weise zu verhindern, daß Franzosen dergleichen erhielten. Belgien würde in Folge dessen keine Decorationen verleihen. Diese Mittheilung, deren tendenziöser Charakter zu Tage liegt, hat offenbar keinen anderen positiven Anhalt, als daß, wie längst bekannt ist, Fürst Bismarck allgemein die Initiative zu einer Beschränkung fremder Ordensverleihungen ergriffen hat.

**Berlin, 11. Oct.** [Der Gesetzentwurf, betreffend die Landesgesetzgebung von Elsaß-Lothringen.] den der Reichskanzler unter dem 8. d. Mts. dem Bundesrathe vorgelegt hat und auf welchen die heutige „Prov.-Corresp.“ hinweist, lautet: Wir Wilhelm v. verordnen im Namen des Deutschen Reiches, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstages, für Elsaß-Lothringen, was folgt: Landesgesetze für Elsaß-Lothringen können mit Zustimmung des Bundesraths und ohne Mitwirkung des Reichstags vom Kaiser erlassen werden, wenn der durch den kaiserl. Erlass vom 29. October 1874 eingesetzte Landesausschuß denselben zugestimmt hat. - Die kurzen beigegebenen, zum Theil von der „Prov.-Corr.“ benutzten Motive haben folgenden Wortlaut: „Das Gesetz vom 9ten Juni 1871, betreffend die Vereinigung von Elsaß-Lothringen mit dem Deutschen Reiche, hat vorgeesehen, daß nach Einführung der Verfassung bis zu anderweiter Regelung dem Reiche das Recht der Gesetzgebung für Elsaß-Lothringen auch in den der Reichsgesetzgebung nicht unterliegenden Angelegenheiten zusehen soll. Dem entsprechend sind seit dem 1. Januar 1874 die Landesgesetze für Elsaß-Lothringen unter Mitwirkung des Bundesraths und des Reichstags erlassen worden, nach der mittelst kaiserlichen Erlasses vom 29. Decbr. 1874 erfolgten Einrichtung des Landesausschusses mit der Maßgabe, daß letzterem die Entwürfe vorher zur gütlichen Berathung vorgelegt worden sind. Die dabei gewonnenen Erfahrungen lassen es zweckmäßig und zulässig erscheinen, auf eine Aenderung der bestehenden Einrichtung Bedacht zu nehmen, durch welche einerseits die Finanzgrundnahme des Reichstags durch Mitwirkung bei der Elsaß-Lothringischen Landesgesetzgebung gemindert, andererseits dem Landesausschuß ein erweiterter Wirkungsbereich eingeräumt wird. Dieser Zweck soll durch den vorliegenden Gesetzentwurf erreicht werden. Er gestattet bei allen Ge-

setzen für Elsaß-Lothringen über Angelegenheiten, welche nicht der Reichsgesetzgebung durch die Verfassung vorbehalten sind, von der Mitwirkung des Reichstags abzusehen, sofern der Bundesrath und der Landesausschuß denselben zugestimmt haben. Die Mitwirkung des Reichstags würde daher nur erforderlich sein, wenn Meinungsverschiedenheiten zwischen der Regierung und dem Landesausschuß bestehen; der Regierung würde es jedoch auch fernerhin frei stehen, diese Mitwirkung direct in Anspruch zu nehmen, wenn die Umstände es wünschenswert erscheinen lassen. Auf diesem Wege würde mit der Entlastung des Reichstags eine wesentliche Vereinfachung und Beschleunigung der gesetzgeberischen Arbeit erreicht, bei welcher dem Landesausschuß eine weitgehende Theilnahme eingeräumt würde, ohne daß die Interessen des Reichs und des Reichstags beeinträchtigt werden. Die Befugnisse, Verordnungen mit gesetzlicher Kraft unter Zustimmung des Bundesraths und unter Vorbehalt der Genehmigung des Reichstags zu erlassen, welche § 8 des Ges. vom 25. Juni 1873, betreffend die Einführung der Verfassung in Elsaß-Lothringen, dem Kaiser gewährt, wird von dem Gesetzentwurf nicht berührt. Derselbe ist von dem Landesausschuße in dessen Sitzung vom 1. Juni 1876 einstimmig angenommen worden.“

[Der Vorstand des nationalliberalen Vereins des Kreises Hagen] erklärt sich in einer langhymigen, mit 8 Erwägungsgründen der Form des Todesurtheils nachgebildeten Aufforderung gegen die Wiederwahl der Abgg. Eugen Richter und Schläfer. Da die Herren es der Fortschrittspartei vorwerfen, nach parlamentarischer Regierung zu streben, und es für die patriotische Pflicht jedes verständigen und ehrlichen Mannes halten, die wesentlich liberale Regierung des Fürsten Bismarck zu unterstützen und ihre ohnehin schwierige Stellung nicht durch eine lediglich auf grundsätzlichen Misträuen beruhende Opposition zu erschweren, so ist die Annahme nicht ungerechtfertigt, daß wir hier unter nationalliberaler Maske die leibhaftige Partei Knobloch vor uns haben. Die vom Vorstande zusammenberufene Versammlung sämtlicher Nationalliberalen des Kreises war dennoch nur von 15 Personen (darunter 2 Neugierige und ein Kellner) besucht. - In der Versammlung berichtete der Vorstand, daß das nationalliberale Centralwahlcomité jede Unterstützung gegen die Fortschrittspartei verweigert habe.

[Die Wahlen.] Die „Prov.-Corresp.“ meldet heute mit officieller Bestimmtheit: Die Auflösung des Abgeordnetenhauses wird durch Allerhöchste Verordnung am 14. October erfolgen. Die Neuwahlen sind auf den 20. October für die Wahlen der Wahlmänner, auf den 27. für die Wahlen der Abgeordneten angesetzt.

[S. Maj. Schiff „Augusta“] ankerte am 6. d. auf der Rhede von Plymouth und beabsichtigte am 10. d. wieder in See zu gehen.

**Dortmund, 10. Oct.** [Zur Wahl.] Die Resolutionen, welche die Versammlung von Industriellen der Kreise Dortmund und Bochum vom 14. v. Mts. den Reichstagsabgeordneten dieser beiden Kreise, Herren Berger und Löwe, mit dem Ersuchen vorzulegen beschloß, ihre Meinung über die aufgestellten Ansichten und Wünsche auszusprechen, ist nicht nur diesen, sondern auch dem Landtagsabgeordneten für den Wahlkreis Bochum-Dortmund, Herrn Dufheimer, zugesandt worden. Die an den Vorsitzenden der erwähnten Versammlung, Herrn G. L. Brückmann hier, gerichteten Antwortschreiben der Genannten auf diese Interpellation werden jetzt in der „Westf. Ztg.“ veröffentlicht. Wir geben hier zunächst das Schreiben des Herrn Louis Berger. Dasselbe lautet:

„Horchheim b. Coblenz, 1. October 1876.  
Herrn G. L. Brückmann in Dortmund.  
Geehrter Herr!

Aus der an mich gerichteten geschätzten Zuschrift vom 15. v. M., welche ich wegen Abwesenheit und Krankheit erst heute zu beantworten vermag, ersehe ich mit Vergnügen, daß die Wähler-Versammlung, in deren Namen und Auftrag Sie sich an mich wenden, der liberalen Partei angehört und mit der politischen Haltung der seitherigen Abgeordneten der Kreise Dortmund und Bochum einverstanden ist. Ich constatire diese Thatsache mit um so größerer Befriedigung, als ich einer Vereinigung von Leuten, die entgegengegesetzten politischen Parteien angehören und einen so hochwichtigen Act, wie die Wahl der Volksvertretung, dazu gebrauchen wollen, um ohne Rücksicht auf die übrigen Staatszwecke, ausschließlich nur die ihnen zur Zeit gemeinsamen materiellen Interessen zur Geltung zu bringen, ebensowenig eine Verechtigung zugeben kann, als beispielsweise jenen Verbindungen, welche kirchliche Zwecke auf dem Gebiete der staatlichen Gesetzgebung verfolgen. In Bezug auf die mir mitgetheilten Resolutionen erwidere ich Folgendes: ad 1. Ich halte die Wirkungen der seit Anfang des letzten Decenniums in Preußen und Deutschland erfolgten Handelspolitik für im Allgemeinen segensreich, bin aber zugleich der Meinung, daß man für einzelne Zweige die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie, im Vergleich zu derjenigen des Auslandes, überschätzt hat und daß also für die aus dieser Ueberschätzung hervorgegangenen legislatorischen Maßnahmen eine Aenderung erforderlich ist. Demgemäß bin ich zunächst mit Ihnen dahin einverstanden, daß zukünftig unsern Handel und unsere Industrie im Allgemeinen keine ungünstigeren Bedingungen zugemuthet werden dürfen, als wir selbst sie den mit uns contrahirenden Staaten bewilligen.

ad 2. Was speciell die Eisen-Industrie betrifft, so war ich schon früher der Meinung, daß man deren Concurrenzfähigkeit, insbesondere im Vergleich zu England, allseits überschätzte, und demgemäß einen schwerwiegenden Fehler gemacht hat, als man 1873 unter dem Einflusse der damals zu Ende gehenden glänzenden Conjunction den gänzlichen Wegfall des jetzt noch bestehenden Eisenzolles zum 1. Januar 1877 beschloß. Von dieser Ueberzeugung ausgehend habe ich auch, gemeinsam mit meinem Collegen Löwe, im December vorigen Jahres für Einföhrung dieser Maßregel gestimmt, werde bei sich darbietender Gelegenheit ebenso verfahren und dahin streben, daß bei Abschluß von Handelsverträgen das Princip der Gegenseitigkeit möglichst gehahrt wird.

ad 3. Nachdem die Gründe, welche seiner Zeit die Reichsregierung und die Einzelstaaten bewegen, einer Erhöhung der Eisenbahnfrachtsätze ihre Zustimmung zu ertheilen, ganz oder größtentheils nicht mehr vorhanden sind, halte ich die möglichste Reducirung der Transportgebühren und Modification der Differentialtarife in der von Ihnen bezeichneten Richtung für dringend geboten. Hätte die Volksvertretung, was bekanntlich nicht der Fall ist, bei der generellen Festsetzung der Eisenbahntarife mitzusprechen, so würde die erfolgte Tarifierhöhung rechtzeitig und nicht in dem Umfange, wie es geschehen, stattgefunden haben. Im Uebrigen halte ich nach wie vor daran fest, daß die Frachtsätze eine angemessene Rentabilität sichern müssen, da die Rentabilität der bestehenden Bahnen als unerläßliche Vorbedingung für den durchaus notwendigen Ausbau unseres Eisenbahnnetzes erscheint; dieser Ausbau aber das bei weitem wichtigste Mittel ist, um der jetzigen Krisis in unserer Eisenindustrie wie in den meisten anderen Gewerbszweigen ein Ende zu machen.

ad 4. Das baldige Zustandekommen des Reichseisenbahngesetzes erachte ich mit Ihnen für dringend notwendig. Die Reichsverfassung verleiht den Reichsbehörden die Oberaufsicht über das gesammte Eisenbahnwesen, aber sie befähigt nirgends, daß das Eisenbahnwesen alleiniger Eigenthümer und Betriebs-

nehmer aller Eisenbahnen sein soll. Auf Grund dieser Thatsache und an andern, im Landtage von mir entwickelten Gründen war ich ein entschiedener Gegner des zum Schaden der Eintracht mit den Bundesstaaten in die Welt lancirten Projectes des Uebertrages der Eisenbahnen auf das Reich und werde in dieser Beziehung festhalten.

ad 5. Will das Reich die fernere Entwicklung unserer Verkehrsweisen in richtiger und durchgreifender Weise befördern, so möge es den so lang verfaulenden Ausbau eines deutschen Canalnetzes entweder selbst in die Hand nehmen oder die dahin gehenden, möglichst zu vereinigenden Bestrebungen von Privaten, Kreisen und Provinzen kräftig unterstützen. Der für unser Gegend so hochwichtige Omschercanal ist meines Erachtens dasjenige Unter nehmen in Deutschland, welches die meiste Aussicht auf Ausführung und Erfolg bietet und mit vereinten Kräften in erster Linie in die Hand genommen zu werden verdient. Wenn aber, wie ich befürchte, das Reich nicht für die Entwicklung unseres Canalwesens eintritt, dann ist es dringende Pflicht der preussischen Regierung, die auf diesem Gebiete schwere Unterlassungssünden begangen hat, dieses zu thun. Meine Collegen und ich haben dieselbe an diesen Theil ihrer Pflichten gegen das Land stets erinnert, und ich werde damit fortfahren, falls das Vertrauen der Wähler von Dortmund und Bochum mich abermals zur Fortsetzung der seither von mir gethiebenen Pflichten berufen möchte.

Indem ich Ihnen anheimstelle, dieses Schreiben in der Ihnen geeigneten erscheinenden Weise zur Kenntniß Ihrer Herren Auftraggeber zu bringen, empfehle ich mich Ihnen

Hochachtungsvoll Ihr ergebener  
Berger (Witten).“

**Darmstadt, 11. Octbr.** [Die zweite Kammer] ist auf den 18. d. einberufen worden. Haupt-Berathungs-Gegenstand der ersten Sitzung ist ein Gesetzentwurf wegen der Erhöhung der Lehrergehalte.

**Baden-Baden, 11. Oct.** [Der König Georg von Griechenland] ist heute Mittag 12 1/2 Uhr hier eingetroffen und von Seiner Majestät dem Kaiser, dem Großherzog und dem Erbprinz von Baden, sowie von dem russischen Gesandten und mehreren hier anwesenden russischen und griechischen Notabilitäten empfangen worden. Der König wurde von dem Kaiser auf das Freundlichste begrüßt. Nach Vorstellung des beiderseitigen Gefolges gaben der Kaiser und der Großherzog dem Könige zu dem Hotel d'Angleterre, wo derselbe Wohnung genommen hat, das Geleit.

## Italien.

**Bologna, 9. Oct.** [Katholiken-Congress.] Heute Morgen wurde in der hiesigen Dreifaltigkeitskirche der Katholiken-Congress eröffnet, wobei eine kurze Zuschrift des Papstes zur Verlesung gelangte, die zur Beteiligung an den Gemeindevahlen auffodert, um derselben Rechte theilhaftig zu werden, deren sich die Revolution erfreue. Der Herzog von Salviati setzte als Präsident auseinander, daß der Zweck des Congresses darin bestehe, die Revolution zu bekämpfen und die Autorität des Papstes in ihrer Unverletzlichkeit wieder herzustellen.

## Frankreich.

**Paris, 9. Octbr.** [Die Bürgermeister-Wahlen. - Rundschreiben de Marcère's. - Parlamentarisches und Ministerielles. - Vom Arbeiter-Congresse.] Ueber die gestrigen Bürgermeisterwahlen ist noch nicht viel zu sagen. Das Ministerium des Innern wird einer geräumigen Beile bedürfen, um die Resultate zusammenzustellen. Wie es sich voraussehen ließ, ist ein großer, wenn nicht der größte Theil der bisherigen Bürgermeister wiedergewählt worden. De Marcère bereitet ein Rundschreiben an sämtliche Gemeindevorsteher vor, worin er sie auf ihre Pflichten gegen den Senat und gegen die Gemeinden, welche sie zu verwalten haben, aufmerksam macht. Die Minister sind gestern von ihrem Ausflug nach Villevoisins, dem Landgut Dufaures, zurückgekehrt. In Villevoisins hat eine Art vertraulichen Conferenz stattgefunden, wobei namentlich die Frage der Civilbeerdigungen, die waifscheinlich zu einer Interpellation in der Kammer führen wird, aufs Tapet gekommen sein soll. Man erzählt, daß Dufaure sich in sehr liberaler Weise über diese Angelegenheit geäußert hat. Die Berufung der Kammern bleibt nach den officiellen Blättern auf den 30. October festgesetzt. Der Marschall-Präsident langte heute wieder in Paris an. In der Präsidentschaft richtet man sich darauf ein, den ersten Theil des Winters, trotz der parlamentarischen Session, im Elisee zu verbringen. An dem morgigen Ministerrath werden alle Minister Theil nehmen; am Mittwoch unternimmt der Unterrichtsminister Waddington eine Reise nach dem Süden (nach Marseille, Toulouse und Montpellier), um zu untersuchen, welche Stadt sich für die Anlage einer großen Universität eignen würde. - Die in Paris anwesenden Deputirten der äußersten Linken sind, wie gemeldet, gestern unter dem Vorhitz Ledères zusammengetreten. Sie haben den Journalen ein Protokoll ihrer Berathung zugesandt, worin es heißt: „Aus den Mittheilungen der Provinzial-Deputirten geht hervor, daß die republikanische Meinung unaufhörliche Fortschritte macht, sowohl unter dem Landvolk, als in der Bourgeoisie, welche bis jetzt an den Vortheilen des republikanischen Regiments zweifelte. Diese Fortschritte müssen der vollkommenen Ordnung, welche im Lande herrscht, zugeschrieben werden. Gleichwohl beklagen mehrere Deputirten sich darüber, daß unter den Beamten jeder Art noch vielfach große Feindseligkeit gegen die neue Staatsform herrsche, die Aufmerksamkeit der Regierung müsse auf diesen Punkt gelenkt werden. Man constatirte, daß die erwähnten Beamten durchgängig ihre Parteimeinung unter der Maske des Clericalismus verbergen und daß andererseits die bekannten clericalen Kundgebungen dieses Ferienmonats in der öffentlichen Meinung einen peinlichen Eindruck hinterlassen hätten. Ferner gab die Versammlung die Absicht kund, von der Regierung eine ausgebehntere Anwendung der versprochenen Gnadenmaßregeln zu verlangen; was bisher in dieser Beziehung geschehen, sei ungenügend. Einen Anlaß zu dieser Forderung wird das der Kammer vorliegende Gesetz über die Einstellung der Prozesse vor den Kriegsgerichten bilden. Hieraus läßt sich bereits schließen, daß der neue Antrag auf Annahme eines Amnestiegesetzes, den einige Zutranfingenten einbringen wollen, selbst bei der äußersten Linken schwerlich Unterstützung finden würde. Endlich beschloß man, die Budgetdiscussion in dem Geiste der vorigen Session fortzuführen. In Summa sprach man zwar in dieser Versammlung von den Forderungen, welche an das Ministerium zu stellen, aber nichts deutete auf die eigentlich feindseligen Absichten namentlich gegenüber Dufaure, von denen man in der letzten Zeit gesprochen hat. - Der Arbeiter-Congress hält morgen seine letzte Sitzung; für Mittwoch ist ein Banquet veranstaltet, zu dem die Journalisten und Deputirten zwar nicht eingeladen sind, aber auf Verlangen Zutritt finden können. Gestern Sonntag hielt der Congress zwei Sitzungen, die interessantesten, von denen noch zu melden war. Man verhandelte über

die Cooperativ-Genossenschaften; ein Delegirter der Pariser Anstreicher, Namens Finance, griff in einer nicht ohne Geschick angelegten Rede das ganze Cooperativ-System an, wie es sich in Frankreich, in Deutschland und England ausgebildet hat. Er suchte zu beweisen, daß die jetzige Lage der Arbeiter nicht verbesserungsfähig sei, daß die Bestrebungen des Proletariats nicht auf die Verbesserungen des materiellen Wohls, sondern auf moralische Ziele hinauslaufen müßten. Die Zuhörer waren größtentheils durch diese Ansichten ein wenig verblüht. Es ist nicht wahrscheinlich, daß die Theorie des Herrn Finance großen Anklang finden wird, und es läßt sich nicht wünschen, daß sie ihn finde, denn im Ganzen würde sie bloß die Folge haben, die Arbeiter zu entmuthigen und von der Auffassung praktischer und nützlicher Reformen abzuhalten. Gegen die in Deutschland auf Schulze-Delitzsch's Anregung gebildeten Genossenschaften hat übrigens der besagte Redner nur sehr schwache Einwendungen erhoben. Unter Anderem warf er ihnen vor, daß sie mehr dem Handwerker und kleinen Beamten als dem Arbeiter zu Gute kommen.

○ Paris, 10. Oct. [Parlamentarisches. — Zur Amnestiefrage. — Zum Budget. — Die Civilbeerdigungen. — Aus dem Pariser Gemeinderathe. — Thiers. — Ackerbau-Congress.] Das gestern mitgetheilte Protokoll der äußersten Linken hat durchaus nicht den Beifall der soi-disant conservativen Presse gefunden. Selbst der „Monteur“ ist höchst entrüstet darüber, daß die Radicals schon wieder eine Säuberung der Verwaltung verlangen, nachdem die bonapartistischen und monarchistischen Präfecten duzendweise bei Seite geschafft worden. Vor Allem aber suchen der „Français“ und andere Organe der Partei de Broglie's und Buffet's die Umsturz-tendenzen der „parlamentarischen Radicals“ dadurch zu beweisen, daß die letzteren abermals die Amnestiefrage zur Sprache bringen. Nun handelt es sich aber, wie man weiß, nicht um eine gefällig zu verfügende Amnestie, sondern nur um die Vermehrung der einzelnen, der Auswahl der Regierung anheimgegebenen Gnadenacte. Es läßt sich nicht leugnen, daß Dufaure's Versprechen, der Marschall-Präsident werde von seinem Begnadigungsrecht einen sehr ausgiebigen Gebrauch machen, bis zur Stunde schlecht gehalten worden ist. Die Aufgabe der Regierung war allerdings keine leichte; sie erforderte besonderen Takt, und an Takt hat man es entschieden fehlen lassen. Die Begnadigungen waren so vereinzelt und wurden mit so offenbarem Widerstreben gewährt, daß Niemand zufriedengestellt worden ist. Auch unter Denjenigen, die eine allgemeine Amnestie für bedenklich halten (und das ist wohl die Mehrzahl der Franzosen, wenn nicht der Pariser) gilt es für ausgemacht, daß viele Urtheile der Militärjustiz sehr voreilig und übertrieben streng gewesen und daß die Zeit gekommen ist, die eigentlich politischen Sträflinge ihren Familien zurückzugeben. Die im Justizministerium eingesetzte Gnaden-Commission beweist eine Langsamkeit, welche um so stärker auffällt, als einem anderen formellen Versprechen der Regierung zuwider die Kriegsgerichte immer neue Urtheile fällen und zwar mit der alten Strenge, erst in den allerletzten Tagen ist eine Milderung eingetreten. Die republikanische Partei in der Kammer erfüllt nur einen allgemein gehegten Wunsch, wenn sie auf die baldige Ausführung des Gattineau'schen Antrags betreffs Einstellung der Prozesse dringt; die nach so langer Frist eintretenden Verurtheilungen, denen nicht ein gemeines Verbrechen zu Grunde liegt, haben für alle Welt etwas Peinliches. Bei der Debatte über den Gattineau'schen Antrag aber wird die Forderung zahlreicherer Gnadenacte hervorgehoben, ohne daß die Linke einen Angriff gegen die Regierung unternimmt. Der „Français“ und Genossen stellen also die Lage nicht richtig dar, wenn sie zu verstehen geben, daß die Linke das Ministerium zu neuen Zugeständnissen zwingen oder einen Conflict herbeiführen wolle. Im Gegentheil will nach allen Andeutungen die republikanische Mehrheit, mit Einschluß der sog. republikanischen Union, d. i. der äußersten Linken, soweit sie unter Gambetta's Einfluß steht, jeden Conflict mit den Ministern so viel als möglich vermeiden, um nicht der Reaction im Senat eine willkommene Waffe zu geben. Gambetta rath seit längerer Zeit entschieden, den Hauptnachdruck in dieser Session auf die Discussion des Budgets zu legen und bei der Budgetdiscussión vorzüglich wird dann wohl die Haupt-Tagesfrage, der Streit nicht zwischen den Republikanern und dem Ministerium, sondern zwischen den Republikanern und der clericalen Coalition, zum Austrag gebracht werden. Die Budget-Commission hat, jenem Plane gemäß, ihre regelmäßigen Arbeiten bereits wieder aufgenommen. Gestern verlas Gambetta einen Bericht über die Reformen, welche in dem jetzigen Steuersystem vorzunehmen; es wird darin speciell ein Plan entwickelt, die jetzigen directen Steuern durch ein neues System zu ersetzen. Wie man weiß, ist von der Anwendung dieser Reformen für das Budget von 1877 nicht die Rede; man will sie aber zur Debatte bringen, um die Anlage der künftigen Budgets vorzubereiten. — Im heutigen Ministerrath hofft der Duc Decazes seinen Kollegen bestimmte und befriedigende Nachrichten über die Annahme des Waffenstillstands Seitens der Türkei machen zu können. Die Angelegenheit der Civil-Beerdigungen soll, wie es heißt, so geordnet werden, daß den Mitgliedern der Ehren- Legion die militärischen Ehren nicht mehr in der Kirche oder auf dem Kirchhof, sondern bloß im Sterbehause erwiesen werden. Der Kriegsminister soll sich dieser Reglements-Änderung widersetzen, aber auf Zureden de Marcère's schließlich ebenfalls seine Zustimmung gegeben haben. — Der Pariser Gemeinderath tritt heute zu einer außerordentlichen Session zusammen. Er wird über mehrere Angelegenheiten verhandeln, welche die Stadt Paris im höchsten Grade interessieren; unter Anderem über die Anlegung einer Eisenbahn nach Méry-sur-Dise, wo der große Pariser Kirchhof seine Stelle finden soll. Dies Kirchhofs-Projekt, von welchem wir in früherer Zeit mehrfach zu berichten hatten, wird also von Neuem die öffentliche Meinung in Aufregung versetzen. Seine Durchführung ist nichts weniger als gesichert; man hat einen großen Widerwillen bei der gewaltigen Mehrheit der Bevölkerung zu überwinden. — Thiers wird den Winter über in Cannes bleiben; er hat dort eine Villa gemietet; der Aufenthalt im Süden ist ihm von Dr. Bartsch seiner Luftröhren-Entzündung wegen anempfohlen worden. — Droun de Lhuys hat als Präsident der französischen Ackerbauvereine an die landwirthschaftlichen Gesellschaften im Auslande eine Einladung zu einem großen Ackerbau-Congress für das Jahr 1878 gerichtet.

## Niederlande.

Haag. [Aus Atchin] hat nach einem dem Colonial-Ministerium zugekommenen Telegramm des General-Gouverneurs von Niederländisch-Indien der General-Major Wiggers van Kirchhem am 18. September Folgendes gemeldet:

„Dem 13. bis zum 17. Sept. waren die Truppen bei Passar Kurung-Tjut mit dem Bau von Brücken, mit Anlegung von Befestigungswerken und mit Herstellung der Communication mit Lampit beschäftigt. Eine Patrouille von 20 Mann, unter dem Befehl des Capitäns Nuyfint, war mit dem Feinde handgemein geworden, welcher in die Flucht getrieben wurde und 14 Tode zurückließ. Capitän Nuyfint wurde, schwer verwundet, von dem Flänker Kenkenbrint, obwohl dieser selbst verwundet war, aus dem Gefechte getragen; außer denselben wurden noch 4 Mann der Patrouille verwundet. In Kotta Naba kamen viele Erkrankungen an Fieber vor; seit dem vorigen Bericht hatte an Cholera nur eine Erkrankung statt gefunden. Bei den agierenden Truppen war der Gesundheitszustand befriedigend, die Stimmung vorzüglich.“

## Spanien.

Madrid, 3. Oct. [Die Bildung einer conservativ-liberalen Majorität. — Jovellar.] Die Schaar der Freunde und Verehrer des Ministerpräsidenten, schreibt man der „R. Ztg.“, lichtet sich mit jedem Tage mehr. Nachdem ihn sein Organ, die „Epoca“, verlassen hat, findet er in der Tagespresse nunmehr keine anderen Vertheiliger, als die wenig gelese „Politica“ und den plumpen „Cronista“. Mit dem Sinken seines Sternes scheint auch das Werk des Herrn Canovas — die Bildung einer conservativ-liberalen Partei — untergehen zu sollen. Alonso Martinez soll es gelungen sein, der Majorität in den Cortes den Todesstoß zu versetzen und mit Hilfe der ehemaligen Unionisten ein liberales Centrum zu bilden, das in den meisten Fragen in Uebereinstimmung mit den Constitutionellen handeln dürfte. Posada Herrera wird als der wahre Führer dieser Gruppe, welche nach der Erbschaft des jetzigen Ministeriums trachtet, angesehen. Die reactionären Mitglieder der von Canovas geschaffenen Mehrheit sind natürlich durch diesen Vorgang in keine geringe Verlegenheit versetzt worden. Sie beabsichtigen, sich heute bei dem allmächtigen Ministerpräsidenten Rath und Vorschriften für die Zukunft zu holen. Während sich so alle Parteien und Gruppen auf die nächsten parlamentarischen Kämpfe rüsten, ist es auffallend, daß die ministeriellen Blätter über die Zeit der Wiedereröffnung der Cortes sorgfältig schweigen. Es gewinnt sogar den Anschein, als ob man in den oberen Regionen diese Frage ungern berührt, als ob Canovas in der bisherigen willkürlichen Weise fortregieren wollte. Sollte der Präsident wirklich vergessen haben, daß es in Spanien keine Partei giebt, die in sich allein die Kraft besitzt, irgendwelche Regierungsform zu stützen? Die allerneueste Geschichte dieses Landes hat das so schlagend dargehan, daß es wohl kaum noch einen Spanier giebt, der nicht von der Wahrheit dieser Behauptung überzeugt wäre. Dictatur oder Coalition von mindestens zwei gesinnungsverwandten politischen Parteien sind nothwendig, um hier die Zügel der Regierung in der Hand zu halten. Erstere stützt sich ausschließlich auf die Armee, auf deren Treue und Anhänglichkeit heute Niemand bauen kann. Sie gehört stets demjenigen an, der zuletzt und am meisten mit Ehren, Graden und Geld um sich wirft. Letztere hat je nach ihrer innern Beschaffenheit Anspruch auf Sympathien beim Volke, und daß dieselben auch dauernder Natur sein können, dafür legen die glücklichen Jahre unter der milden Regierung O'Donnell's einen untrüglichen Beweis ab. — Jovellar, der General-Capitän von Cuba, hat wegen der gemeldeten Gefangenahme von 200 Soldaten um seine Entlassung gebeten, die man hier schon längst herbeigesehnt hatte, und Canovas hat dieselbe sofort angenommen. Jovellar hatte sich nämlich dadurch mißlieblich gemacht, daß er vor etwa drei Monaten verschiedene junge Leute aus dortigen angesehenen Familien, die den Aufständischen aus den Vereinigten Staaten Waffen kommen ließen, vor ein Kriegsgericht stellte. Das auf Tod lautende Urtheil wurde nicht vollstreckt; Verwandte und Freunde hatten in Madrid auf telegraphischem Wege die Begnadigung der Schuldigen durchgesetzt. Jovellar's Ansehen schwand von diesem Augenblicke an auf der Insel, und die reichen Cubaner, die aus dem Kriege durch patriotische und gleichmäßige Unterstützung an Freund und Feind oder auch durch nicht minder reiblichen Handel mit beiden kämpfenden Theilen einen großen Nutzen zogen, fühlten sich wieder als Herren der Situation. Martinez Campos soll Jovellar's Nachfolger werden. Verschiedene Minister haben sich dieser Wahl widersetzt, Canovas besteht jedoch darauf. Er will den Marschall dem politischen Treiben auf der Halbinsel entfremden und sich eines gefährlichen Nebenbuhlers entledigen. Im Uebrigen wird die Ernennung vom großen Publikum günstig aufgenommen. Martinez Campos verbindet Energie mit Wissen und hat namentlich in allen seinen Unternehmungen viel Glück. Die cubanische Anleihe ist endgiltig mit dem Hause Lopez in Vertretung einer Gesellschaft verschiedener Banquiers abgeschlossen worden.

## Provinzial-Beitung.

„Breslau, 11. Oct. [Rechts-Ober-Ufer-Bezirks-Verein.] Die gestrige, ziemlich zahlreich besuchte allgemeine Versammlung genannten Vereins wurde durch den Vorsitzenden, Herrn Expeditions-Vorsteher Melker, eröffnet. Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung erhielt, in die Tagesordnung tretend, Herr Nowag zu Punkt 1, Strafen-Angelegenheit betreffend, das Wort; derselbe schildert in wahrheitsgetreuer Weise den gegenwärtigen schlechten Zustand der neu canalisirten Dreilinden-Straße, der Offenen, Vincenz- und Otto-Straße, von denen erstgenannte ganz entschieden zu den überhaupt nicht passirbaren Straßen gehöre. In gleichem Sinne sprachen sich die Herren Inspector Neumann und Dr. Weiss aus, welche letzterer, in Uebereinstimmung mit einer bereits vom Vorsitzenden gemachten Bemerkung, das Hauptaugenmerk nur auf die am meisten frequentirten Straßen, die Dreilinden- und Offene-Straße, gerichtet wissen will und bemerkt hierbei, daß, soweit ihm erinnerlich, in Bezug auf Pflasterung der ersteren bereits früher Versprechungen gemacht worden seien. — Ein hierauf gestellter Antrag des Herrn Nowag, an den Magistrat eine Petition abzuschicken, dahin gehend: „Die Dreilinden- und Offene-Straße in fahrbarer Zustand zu versetzen und auf den Pflasterungs-Gat des nächsten Jahres zu stellen“, wird einstimmig angenommen, während ein Antrag des Herrn Suft, die baldige Pflasterung zu beantragen, von demselben zurückgezogen wird. Ein hieran sich knüpfender Antrag des Herrn Neumann: Magistrat zu eruchen, die im Dreilinden-Bezirk befindlichen Passagen resp. Gäßchen mit Namen zu versehen, erhielt nicht die Majorität, während ein fernerer Antrag des Herrn Suft, den Platz an der Wolphstraße, für welchen der Name „Wolph-Platz“ in Aussicht genommen sei, aus gewissen Rücksichten mit einem anderen Namen, und zwar zum Andenken eines großen Mannes mit dem Namen „Stein-Platz“ zu belegen, zur Annahme gelangt. — Herr Warzecha schildert demnächst die mangelhafte Beleuchtung des Sonnenplatzes, des Matthiassfeldes und des Anfangs der Oswiger Straße gegenüber dem „Polnischen Bischof“. Redner beantragt, beim Magistrat um bessere Beleuchtung der genannten Plätze zu petitioniren. Nach längerer Debatte wird beschlossen, den Magistrat zu eruchen, auf dem Sonnenplatz (an der Mündung der Rosenhaler in die Matthiassstraße) einen Gascanal abzustellen zu lassen. Der letzte Punkt der Tagesordnung, Vespredung über das in Breslau einzuführende Meldeamt, wurde wegen vorgerückter Zeit für die nächste Versammlung vertagt.

„Breslau, 11. Oct. [Criminaldeputation. — Vergehen in Beziehung auf den Personenstand. — Fahrlässige Brandstiftung.] Vor Weihnachten 1875 hielt sich die verheiratete Amanda Seefeld, geb. Moser, aus Berlin, einige Wochen in Breslau auf. Derselbe erließ während dieser Zeit in den hiesigen Zeitungen ein Inserat, wonach sie sich bereit erklärte, „ein neugeborenes Kind als ihr eigenes anzunehmen“. Diese Anzeige las die unverheiratete Auguste Struttmann, deren Schwester Marie am 2. September 1875 ein uneheliches Kind weiblichen Geschlechts geboren hatte. Im Einverständnis mit Schwester Marie begab sich die Auguste St. zur Frau Seefeld, um das erwähnte Kind anzubieten. Die Seefeld erklärte sich bereit, dieses Kind zu sich zu nehmen, fügte aber bald hinzu, daß es ihr darauf ankomme, eine Urkunde zu erhalten, nach welcher das Kind als von ihr — der Seefeld — geboren legitimirt würde. Sie forderte die St. gleichzeitig auf, dies durch diejenige Hebamme zu bewirken, welche ihre Schwester entbunden habe. Die Hebamme, Frau Daumann, wies das Anerbieten entschieden zurück. Hierauf begab sich Auguste St. der Aufforderung der Frau Seefeld gemäß am 8. Januar d. J. mit Letzterer auf das Standesamt. Vor dem Standesbeamten Weiß erklärte die Seefeld Behufs Eintragung in die Geburtsregister, daß sie am 12. December 1875 von einem Kinde weiblichen Geschlechts entbunden worden sei. Der Standesbeamte forderte jedoch, daß die Hebamme, welche bei der Entbindung zugegen gewesen, die Anzeige machen solle. Beide Frauen entfernten sich hierauf. Am Nachmittag desselben Tages erschien die Auguste St., die sich nunmehr Schubert nannte, abermals auf dem Standesamt und erfolgte nach deren Versicherung, „sie sei bei der betreffenden Geburt zugegen gewesen“, die

Eintragung des von ihrer Schwester Maria unehelich geborenen Kindes als ehelich erzeugtes Kind der Frau Amanda Seefeld, geb. Moser, und ihres Ghemannes des Privatier August Friedrich Seefeld in Berlin, in die Geburtsregister. — Auf die gegen die unverheiratete Auguste St. und Frau S. aus § 169 des Strafgesetzbuches erhobene Anklage stand heute Audienztermin an. Frau S. war durch Krankheit am Erscheinen verhindert, Auguste St. bekannte sich der Anklage gemäß schuldig und wurde mit einer vierzehntägigen Gefängnißstrafe belegt. Das Gesehbuch läßt für das betreffende Vergehen bis 3 Jahre Gefängniß zu und wird die Personenstands-Veränderung in gewinnlicher Absicht begangen, so kann auf 3 Jahre bis zu zehn Jahren erkannt werden.

Eine zweifellos sehr sicher wirkende, aber wie der Erfolg gelehrt, auch sehr gefährliche Aufbaumethode bringt den am 12. October 1858 geborenen Kaufmannslehrling Carl Obst auf die Anklagebank, und zwar wird derselbe beschuldigt, durch grobe Fahrlässigkeit einen bedeutenden Kellerbrand veranlaßt und dadurch seinem Principal, dem Kaufmann Hübner, 800 Mark Schaden zugefügt zu haben. Es war am 17ten Januar d. J., als der Angeklagte beauftragt wurde, schleunigst Brennöl aus dem unter dem Verkaufsladen liegenden Keller zu holen. Der Haushälter Fuchs hatte das Faß mit Del Turz vorher in den Keller geschafft und war das Del vollständig gefroren. Obst ließ sich durch diesen Umstand nicht in Verlegenheit bringen, er nahm eine Holzschüssel, goß in dieselbe Spiritus und setzte dies Gefäß unter das Gestell, auf welchem das Delfaß lagerte. Der Spiritus wurde von ihm angezündet, um auf diese Weise das schnelle Aufthauen des Delfaß zu bewirken. Der Commis Kneifel, welcher während dieser Zeit auf einen Augenblick nach dem Keller kam, warnte den Lehrling mit den Worten: „Machen Sie doch keine Dummheiten“; auch der im Keller mit Abzapfen von Petroleum und Viqueuren beschäftigte Haushälter hielt das Unternehmen des Lehrlings für sehr gefährlich, wurde jedoch von diesem dahin bedeuert, „daß bei seinem früheren Principal es immer so gemacht worden sei, um das Del aufzutauen“. Es waren etwa 10 Minuten vergangen, da brannte außer dem Spiritus in der Schüssel auch das vom langen Lagern überdünnte Gestell und das Delfaß. Ein Versuch, das Feuer mit der Lederschürze des Haushälters zu erlösen, mißlang. Durch den aus dem Keller dringenden Rauch aufmerksam gemacht, alarmirte der Commis Kneifel vermittelst des im Gemölbe aufgestellten Feuermelde-Apparats die Feuerwehr und gelang es derselben, nach Verstopfung aller Oeffnungen des Kellers, das Feuer auf seinen Heerd zu beschränken. Obst hatte bis zum Eintreffen der Feuerwehr noch mehrfache Versuche gemacht, den Brand zu löschen und war schließlich von dem Haushälter gewaltfam aus dem Keller entfernt worden. Das Feuer hatte, wie sich später herausstellte, das Faß mit Del, sowie ein daneben lagerndes Faß Petroleum vollständig verzehrt; auch waren von dem enormen Hitz mehrere Fässer, deren Inhalt aus Liqueur bestand, gesprungen und hatten ebenfalls dem Feuer Nahrung zugeführt.

Der Angeklagte gesteht den vorgeführten Thatbestand zu, hält aber auch heut sein Verfahren für ganz zweckmäßig, resp. behauptet derselbe, „daß man Del bei vielen Kaufleuten in derselben Weise aufthauet“. Commis Kneifel bestatigt diese Angabe insofern, als ihm auch anderweit schon mitgetheilt worden sei, daß man dies Verfahren anwende. — Herr Staatsanwalt Prof. Dr. Fuchs beantragt, mit Rücksicht auf die grobe Fahrlässigkeit, welche der Angeklagte entwidelt, 2 Monate Gefängniß. Der Gerichtshof erkennt auf eine dreiwöchentliche Gefängnißstrafe.

\* [Die Gemeinde der Corpus Christi-Kirche] hat am 10. d. M. folgende Oberpräsidial-Verfügung erhalten, bei der sich, wie die „Schles. Volksztg.“ meint, der Kirchenvorstand der combinirten Gemeinden nicht beruhigen wird.

Breslau, 7. October 1876. Nachdem die Organe der vereinigten Pargemeinden von St. Corpus Christi und St. Nicolai die Erklärung abgegeben haben, daß für diese Gemeinden die St. Corpus Christi-Kirche bis auf Weiteres nicht mehr benutzt werden würde, und demgemäß sich auch wirklich derselben enthalten, somit die Gründe für die bisher festgesetzten Beschränkungen der altkatholischen Gemeinde fortgefallen sind, setze ich unter Modification meiner Verfügung vom 4. Juli d. J. die Gebrauchszeiten für die altkatholischen Gemeinbeglieder an Sonn- und Festtagen auf die Frühstunden von 8—11 Uhr, ferner an jedem Wochentage, insofern auf diese Tage kein Festtag fällt, auf die Stunde von 8—9 Uhr früh, sowie endlich an allen Tagen auf 1—4 Uhr Nachmittags fest. Ich behalte mir jedoch vor, wiederum eine Beschränkung in den Gebrauchszeiten eintreten zu lassen, falls die genannten Pargemeinden die Einhaltung von dem Gebrauche der Kirche wieder aufgeben sollten und daneben haben die wegen der Gebrauchszeitung der kirchlichen Gerathschaften eingeleiteten Verhandlungen ihren Fortgang zu nehmen. Durch diese Entscheidung wird weder an den bestehenden Eigentumsverhältnissen, noch an der Befugniß des Kirchenvorstandes der vereinigten Pargemeinden, die Verwaltung der Kirche in vermögensrechtlicher Beziehung fortzuführen, etwas geändert.

An den Vorstand der altkatholischen Kirchengemeinde hier. Abschrift vorstehender unter Modification meiner Entscheidung vom 4. Juli d. J. erlassenen Verfügung theile ich dem Vorstände zur Kenntniß und Beachtung mit. Zugleich bemerke ich, daß der unter dem 1. September d. J. gegen die Ueberweisung der St. Corpus Christi-Kirche eingereichte Protest, da es sich lediglich um die Ausübung gesetzlicher Vorschriften handelt, unbeachtet bleiben muß. J. B.: v. Jander. An den Vorstand der vereinigten Gemeinden von St. Corpus Christi und St. Nicolai hier.“

X. Neumarkt, 11. Oct. [Tageschronik.] Unsere Herbst- resp. Winterkartoffelernte erweist sich als sehr ergiebig, die Befürchtungen einer Missernte waren unbegründet. Die Kartoffeln sind gut und sehr reichlich. — Die Vorstellungen des Magisters Armin Meisner finden hier großen Beifall. — In unserer Gegend zeigen sich in diesem Herbst verhältnismäßig sehr viele Hasen, und verspricht die Hasenjagd recht lohnend zu werden. — Künftigen Sonntag wird der neue Pastor sec. Herr v. Zittwitz durch den Herrn Superintendenten Krieger aus Ranth in sein hiesiges Amt eingeführt. Nachmittags findet ein gemeinschaftliches Mittagbrot im „Hohen Hause“ statt.

○ Trebnitz, 9. Oct. [Krankenpflege. — Chausseebauten. — Vermächtniß.] Im hiesigen Malter-Krankenhaus verblieben ult. April 35 Personen, zu welchen im Laufe des verflohenen Quartals 85 Personen zutraten, so daß in Summa 120 Personen versorgt wurden. Von diesen wurden wiederum 90 Personen entlassen und 3 verstarben, so daß Ende des Quartals ein Bestand von 27 Personen verblieb. Männliche Kranke waren 49 und weibliche 71. — In der Sadebeck'schen Anstalt für Kranke und Schwache zu Oberrignt kamen zu einem Bestande von 14 Personen 5 hinzu, entlassen wurden wiederum 5 Personen, so daß Ende des Quartals 14 Personen verblieben. — Vor Kurzem erfolgte die Abnahme der Trebnitz-Oberniger Chaussee und mit großer Befriedigung entnahmen die Kreisbewohner den in der am 18. h. stattfindenden Kreisstaatsagung zur Verhandlung kommenden Veranlagungs-Gegenstände, daß doppelte Anträge von einzelnen Kreisstaats-Mitgliedern gestellt sind, mit fernerer Chausseebauten im hiesigen Kreise vorzugehen und zwar geht der Antrag der Herren von Uthmann, Dräsenr und Freitag dahin: „Die Kreis-Chaussee Erle-Kreisfahm-Kapitz, dem früheren Projecte entsprechend, bis nach Frauenwaldbau fortzuführen“ und der Herren von Dehlich, Sempe, Schaffer und Hiller: „Technische Vorarbeiten für einen Chausseebau von Trebnitz über Zirlwitz und Schawoine bis zur Chaussee von Kapitz nach Frauenwaldbau, oder wenn eine solche nicht zu Stande kommt, bis zum Bahnhof bei Juliusburg fertigen zu lassen, wegen der dann in den Delfer Kreis fallenden Strecke wegen verhältnismäßiger Uebernahme der Kosten mit dem Delfer Kreise in Unterhandlung zu treten und die dem hiesigen Kreise zur Last fallenden Kosten durch eine zu amortisirende Anleihe zu bedecken.“ — Zu dem Vau einer Chaussee von hier nach Lössen, wozu die Vorarbeiten bereits vollendet, dürfte mit Anfuhr des nöthigen Baumaterials noch diesen Herbst vorgegangen werden. — Der evangelischen Kirche zu Heidenau ist von den Hinterbliebenen der verstorbenen Ehefrau des Bauergutsbesizers Wilhelm Scholz in Spensberg, Christiane, geb. Hanke, zu ihrem Andenken ein neuer Taufstein von Rausendorfer blauen Marmor mit Goldverzierungen geschenkt worden. Die Einweihung dieses Taufsteins hat am verflohenen Sonntage mit der Feier des Erntedankfestes in entsprechender Weise stattgefunden.

[Notizen aus der Provinz.] \* Vrognitz. Wie das „Stadtl.“ meldet, hat der zum 22. d. Mts. für eine Probepredigt an St. Peter und Paul einderufene Pastor Geldner in Weuthen a. O. seine Bewerbung zurückgezogen. Dazu meldet der „Anz.“: Der zu einer Probepredigt an der Peter-Paul-Kirche einderufene Pastor Strempele in Jöbten bei Löwenberg hat seine Bewerbung zurückgezogen, wird also die Predigt nicht halten.

+ Görlitz. Die „Niederdeutsche Ztg.“ schreibt: Trotz wiederholter Warnungen hat der Unfug, Petroleum aus der Flasche in das Feuer zu gießen, um dasselbe zu beleben, gestern schon wieder ein entsetzliches Opfer gefodert. Ein auf der Hospitalstraße bei einem jungen Ehepaar dienendes Dienstmäd-

den hat sich gestern Abend beim Fenermachen auf die gräßlichste Weise verbrannt. Der Hergang war der gewöhnliche: die Flamme im Ofen erfasste das Petroleum in der Flasche, diese zersprang und übergoß die Unglückliche mit der brennenden Flüssigkeit so, daß sie über und über brannte. Nachdem der Diensther der Verunglückten dieser Beigesprungen war und, nicht ohne sich selbst zu verletzen, das Feuer gelöscht hatte, wurde das Mädchen in das Krankenhaus gebracht. Dem Vernehmen nach ist die Hoffnung, sie zu retten, nur sehr gering. Es ist dies seit 6 Monaten hierorts bereits der vierte Fall dieser Art.

# Grottkau. Der „Bürgerfr.“ meldet unterm 10. October: Der heutige Tag war für eine heilige Familie, die des Zimmermeisters Mendel, ein Tag der schwersten Schicksalsschläge. Früh 8½ Uhr verschied das Haupt der Familie nach längerem Leiden und Nachmittags traf die Trauerbotschaft ein, daß die zweitälteste Tochter, verehelichte Dr. Seifert in Brieg, in Folge einer Operation plötzlich verstorben sei. Die noch im Anfange der zwanziger Jahre stehende, stets kerngesunde Frau hat bei einem Besuche ihres kranken Vaters aus Unvorsichtigkeit ein Drei-Markstück verschluckt, welches aus der Speiseröhre nur durch eine Operation entfernt werden konnte, die ihren Tod verursachte.

## Handel, Industrie &c.

H. Breslau, 11. Oct. [Handelstammeritzung.] Die heut abgehaltene VII. öffentliche Plenarsitzung wurde von dem Vorsitzenden, Commerzienrath F. Friedenthal um 4¼ Uhr eröffnet.

Der Eintritt in die Tagesordnung ertheilte derselbe Herrn Kaufmann das Wort zu einer Angelegenheit, die nicht auf der Tagesordnung stand. Diefelbe betraf die

Ausstellung in Paris im Jahre 1878. Seitens des Ministers ist an die Handelskammern ein Rundschreiben gerichtet worden, durch welches um Auskunft ersucht wird, ob in den Kreisen der Industriellen Gerechtigkeit zur Besichtigung derselben vorhanden sei. Das Rescript hat einer besonderen Commission vorgelegen. Diefelbe hat beschlossen, dem Minister in dem Sinne zu antworten, daß wenn auch die Erfahrungen, die man bei den letzten Ausstellungen gemacht, keine besonders günstigen sind, die Betheiligung an der 1878er Ausstellung nicht von der Hand gewiesen werden könne. Ebenso soll der Ansicht Ausdruck gegeben werden, daß der Staat im Falle der Besichtigung der Ausstellung durch die diesseitigen Industriellen seinerseits mit genügenden Mitteln für eine würdige Ausstattung der deutschen Ausstellungsräume werde eintreten müssen.

Von einem Rundschreiben an die schlesischen Großindustriellen verspricht sich die Commission z. Z. keinen großen Erfolg. Ehe die Möglichkeit vorliegt, eine entsprechende Anzahl von Betheiligungserklärungen aus Schlesien zusammen zu bringen, sei eine bestimmte Zusage seitens des Staates hinsichtlich der zu gewährenden Staatsbeihilfe notwendig. Es wird namentlich hervorgehoben, daß früher eine außerordentliche Menge von Nebenbesen den einzelnen Ausstellern erwachsen sind. Die deutsche Ausstellungscommission würde vielleicht durch Engagement eines eigenen deutschen Subaltern-Beamten- und Aufseher-Corps diesem Uebelstande steuern können.

Die Handelskammer stimmt zu, daß dem Minister in diesem Sinne zu antworten.

Der Vorsitzende theilt hierauf mit, daß die Vorlage, betreffend die Benutzung des Giro-Contos der Reichsbank, gegenstandslos geworden sei und der zweite Gegenstand, betreffend die Hinausschiebung des Wollmarktermins, wegen Abwesenheit des Referenten nicht zur Verhandlung kommen könne. Beide Gegenstände werden von der Tagesordnung abgesetzt. Es folgt eine Vorlage, betreffend das

Civilproceß-Verfahren im Königreich Polen. Der hiesigen Handelskammer ist folgendes Rescript des Ober-Präsidenten der Provinz Schlesien zugegangen:

Im Zusammenhange mit einer von der kaiserlich russischen Regierung für Polen vorbereiteten Umgestaltung der Gerichts-Verfassung stehen daselbst auch einige Veränderungen des Civil-Proceßverfahrens in unmittelbarer Aussicht, welche für den mit Polen verkehrenden diesseitigen Handelsstand insbesondere insofern von Interesse und Bedeutung sein werden, als es sich um die Form der Eingehung von Verträgen und um die Gewährung von Credit handelt. Nach diesen Richtungen hin kommt vorzugsweise Folgendes in Betracht:

Die Personalhaft in den von dem Civil-Gesetz bestimmten Fällen zwar in Anwendung, jedoch nicht als Zwangsmittel zur Erfüllung eingegangener Verbindlichkeiten, vielmehr als Tilgungsmittel, und zwar in der Art abgeändert, daß eine Schuld von 100 bis 2000 Rubel mit sechsmonatlicher, eine solche von 2000 bis 10,000 Rubel mit einjähriger Haft getilgt wird. Bei höheren Beträgen steigt die Dauer der Haft bis zur Höhe von fünf Jahren. Dabei ist bestimmt, daß, wer einmal zur Anwendung der Personalhaft geschritten ist, andere Executionsmittel nicht mehr ergreifen darf. Die Personalhaft wird dadurch offenbar in der Praxis an Bedeutung verlieren. — Der Eid ist als Beweismittel in Proceßsachen, mit Ausnahme des Zeugeneides, gänzlich ausgeschlossen. Das Gericht ist nicht beugt, den Parteien einen Eid aufzuerlegen, noch sind die Parteien berechtigt, einander einen Eid zuzuschreiben. Allerdings ist es den Parteien gestattet, die Entscheidung des Proceßes von einem Eide abhängig zu machen, und in diesem Falle darf der Richter einer von den Parteien, je nach ihrem gegenseitigen Uebereinkommen, einen Eid auferlegen.

Doch kann dies nur dann erfolgen, wenn beide Parteien sich darüber verständigt haben und beide zusammen die Auferlegung eines Eides für eine von ihnen beantragen. Da aber die Nachahmung des Eides keine nachtheiligen Folgen nach sich zieht, so wird die praktische Anwendung wohl selten vorkommen.

Es fragt sich, ob und inwiefern diesen Bestimmungen gegenüber, insbesondere die dem Vernehmen nach weit verbreitete Zulassung der mündlichen Form für die in Polen durch Agenten vermittelten Bestellungen und für andere von dort hierher gelangende Ordres seitens des diesseitigen Handelsstandes beizubehalten sein wird.

Indem ich hieron im Auftrage des Herrn Ministers für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten Mitteilung mache, stelle ich der königlichen Regierung ergebenst anheim, die Aufmerksamkeit der Organe des Handelsstandes auf die Reform der bezüglichen Gesetzgebung zu lenken.“

gez. Graf Arnim.

Der Syndikus der Kammer, Dr. Gras, referirt über die Angelegenheit, die nach der Ansicht der Commission keine Veranlassung zu einem etwaigen Vorgehen giebt. Die Versammlung nimmt nach dem Antrage der Commission einfach Kenntniz vom dem Gegenstande.

Westeuerung des Cacao. Die Gebrüder Stollwerck haben einen Antrag an die Handelskammer gerichtet, dieselbe wolle auf eine Ermäßigung des Einfuhrzollses auf Cacao hinwirken. Rfm. Rosenbaum weist die Nothwendigkeit einer solchen Ermäßigung nach und die Handelskammer beschließt nach kurzer Discussion, sich im Sinne der Eingabe der Gebr. Stollwerck an den Minister zu wenden.

Reform der Waarenstatistik des deutschen Zollgebietes. Das kaiserliche statistische Amt richtet an die hiesige Handelskammer folgende Zuschrift:

Die Statistik des auswärtigen Waarenverkehrs des deutschen Zollgebietes leidet bekanntlich an erheblichen Mängeln; insbesondere ist die Darstellung der Waarenausfuhr äußerst lidenhaft und nach den Erfahrungen der letzten Jahre droht dieser Mangel immer bedenklichere Dimensionen anzunehmen. Die bezüglichen Nachweise sind daher von sehr zweifelhaftem Werthe und ihre Benutzbarkeit für Zwecke der Verwaltung und Gesetzgebung, wie auch für den Handelsstand selbst, ist in bedauerlicher Weise in Frage gestellt. Die Herbeiführung genauerer und zuverlässiger Handelsnachweise ist also wenigstens hinsichtlich der Ausfuhr ein unabweisliches Bedürfniz geworden. Eine gründliche Untersuchung der fraglichen Mängel, der wir uns seit Jahresfrist unterzogen, hat ergeben, daß ihre wesentlichen Ursache auf der Unzulänglichkeit der Mittel beruht, welche den das Urmaterial sammelnden Localbehörden zur Erfüllung ihrer bezüglichen Geschäftsaufgaben zu Gebote stehen. Auf eine gründliche Abhilfe könne nur gehofft werden, wenn neben den Verkehrsanstalten, welche in ausgiebiger Weise als bisher zur Mitwirkung herangezogen werden mußten, dem Handelsstande selbst einige Verpflichtungen auferlegt werden, denen sich derselbe nach Lage der zur Zeit bestehenden liberalen Gesetzgebung in Zoll- und Handelsfachen gegenwärtig zu unterziehen nicht nötig hat. Das kaiserliche statistische Amt ersucht schließlich die Handelskammern um gutachtliche Aeußerung über die Ausführbarkeit folgender wesentlicher Punkte, auf welche die neuen Aenderungen sich zu erstrecken haben würden: 1) Es ist wünschenswerth, daß der kleine Grenzverkehr und der Waarenverkehr auf gewöhnlichen Landstraßen und Nebenwegen mit Fuhrn und Traglasten vom größeren internationalen Güterverkehr, welcher mit den Eisenbahnen und Posten, sowie zur See und auf schiffbaren Wasserstraßen vermittelt wird, getrennt und besonders dargestellt wurde. 2) Jeder Waarenverkäufer hat, so weit es sich um den größeren, internationalen Güterverkehr handelt, der auszuführenden Waare eine Declaration

beizugeben, welche die Waarenpost so deutlich bezeichnet, daß die Maßstäbe und Benennungen des statistischen Waarenzeichnisses mit seinen 459 Positionen ohne Weiteres auf dieselbe anwendbar sind. Dasselbe gilt bei Benutzung von Frachtfuhrn, welche eigentlich Kaufmannsgüter über die Grenze befördern. 3) In allen Fällen, wo die der Waarenpost beigegebene Declaration den Erfordernissen nicht genügt, ist die Behörde des Aufgabesortes befugt, eine Ergänzung der Declaration zu verlangen und im Weigerungsfalle zur amtlichen Inhabermittelung zu schreiten. Vor der Bereinigung des Declarationspunktes ist eine Beförderung der Güter nicht statt. Das statistische Amt bemerkt ausdrücklich, daß es sich auf das Minimum der zu stellenden Forderungen beschränkt, und dieses mit denselben dem handelstreibenden Publikum noch keineswegs so weitgehende Forderungen ansieht, als diejenigen sind, welche in Frankreich, England, Belgien und anderen Ländern im Interesse der Handelsstatistik bestehen. Bei seiner als Punkt 4 gestellten Forderung, diversen in einer Anlage näher bezeichneten Waarenpositionen eine Werthdeclaration hinzuzufügen, hat das statistische Amt sich auf diejenigen Waarenpositionen beschränkt, für welche nach mehrjährigen Erfahrungen die Ermittlung von Durchschnittswerten im Schätzungswerte un sicher ist und zu durchaus zweifelhaften Resultaten führt. Sollte aber nach dem Zufälligen der Kammer eine Ausdehnung der Verpflichtung zur Werthangabe auf den gesammten ausgehenden oder auch eingehenden Waarenverkehr ausführbar sein, so würde das statistische Amt diese Modification seines Vorschlages mit Freuden begrüßen. Wenn dem statistischen Amt, welches das Zulassen der Handelskammer nicht auf die erwähnten Punkte beschränkt wissen will, die erforderliche Unterstützung der betheiligten Kreise zu Theil wird, die es bei der Herstellung der Statistik des auswärtigen Waarenverkehrs auf solider Grundlage nicht entbehren kann, so würde es darauf Bedacht nehmen, daß die Publicationen in kleineren Zwischenräumen als bisher, so möglich monatweise, erfolgen und rascher zur Kenntniz des sich dafür interessirenden Publikums gelangen. Syndikus Dr. Gras referirt über den Gegenstand und weist ganz besonders auf das Bedenkliche des Punktes 3 hin, wonach es dem betreffenden Subalternbeamten anheimgestellt bleibt, die Waaren event. anhalten zu können. Im Weiteren führt er aus, daß es fraglich sei, ob es sich überhaupt empfehle, zwischen Waaren zu unterscheiden, bei welchen eine Declaration notwendig und solchen, bei denen dies nicht der Fall ist.

Kaufmann Grünwald und Fabrikbesitzer Schöller erklären sich für mögliche Freiheit des Verkehrs und insbesondere gegen die erforderliche Angabe des Werthes. Auch Commerzienrath v. Ruffler erachtet die Bestimmungen gleichfalls für den Verkehr sehr erschwerend. Die Versammlung beschließt, entschieden Protest gegen die vorgeschlagenen Maßnahmen einzulegen.

Güterüberfuhr vom Oberschlesischen nach dem Oberthor-Bahnhof. In Beantwortung eines diesbezüglichen Schreibens theilt die königl. Direction der Oberschlesischen Eisenbahn der Handelskammer mit, daß sie bereit ist, dem Antrage wegen Ermäßigung der Ueberfuhrgebühren für Güter, welche vom hiesigen Oberschlesischen nach dem Oberthor-Bahnhof der Rechte-Der-Ufer-Eisenbahn und umgekehrt übergeben, versch. s. w. eifrig entgegen zu kommen, falls die Direction der N.-O.-Eisenbahn die diesbezüglichen Vorschläge acceptirt. Die königl. Direction der Oberschlesischen Eisenbahn normirt die Gebühren der Klasse B. auf 0,14, C. auf 0,12 und D. auf 0,10 Mark pro 100 Mgr., bemerkt jedoch, daß sie die Ueberfuhrung von Kohlen nach beiden Richtungen hin in keinem Falle gestatten könne. Für den Fall, daß sich aus den gemachten Zugeständnissen Unzutraglichkeiten für den hiesigen Bahnhofverkehr der Oberschlesischen Eisenbahn ergeben sollten, behält sich die königl. Direction jeder Zeit den Widerruf dieser Maßregel event. die Erhöhung der Ueberfuhrgebühr vor.

Nachdem Rm. Kopisch über die vorangegangenen Verhandlungen bezüglich des Gegenstandes berichtet hat, erachtet die Handelskammer die Angelegenheit zur Zeit für erledigt.

Reichseisenbahnfrage. Bezüglich der Reichseisenbahnfrage beschloß die Verkehrs-Commission in Erwägung, daß die Unmöglichkeit, auf dem Wege der Reichsgesetzgebung zu betriebsfähigen Eisenbahnzuständen in Deutschland zu gelangen, noch keineswegs erwiesen ist, in fernerer Erwägung, daß die aus einer allgütigen Zerpflünderung des deutschen Eisenbahnnetzes resultirenden Uebelstände durch Betriebsüberlassungen, Fusionen u. s. w. beseitigt werden können, während der Uebergang sämmtlicher Bahnen in Reichsbefitz auf finanzielle und wirtschaftliche Bedenken stößt, welche noch nicht beseitigt sind, bei der Handelskammer zu beantragen, den Ankauf der deutschen Bahnen für das Reich zur Zeit nicht zu empfehlen. Commerzienrath P. O. Friedenthal bemerkt, daß sich die Verkehrs-Commission mit dem Gegenstande schon längere Zeit anlässlich eines Antrages des deutschen Handelsstandes beschäftigt habe, positive Vorschläge aber nicht machen könne. Die Handelskammer könne bei ihrer Beurtheilung der Frage die politische und finanzielle Seite derselben außer Acht lassen und vor Allem die volkswirtschaftliche Bedeutung des Gegenstandes ins Auge fassen. Aber auch von diesem Standpunkt aus lasse sich der Uebergang aus dem sogenannten gemischten Systeme in das Staatsbahnsystem zur Zeit nicht empfehlen, der Gegenstand sei überhaupt noch nicht zu einer positiven Lösung reif.

Stadtrath Schieber kann sich mit dem Votum der Commission nicht einverstanden erklären. Er glaubt, die Sache sei so weit, daß mit einem einfachen „Ja“ oder „Nein“ geantwortet werden könne. Redner beantragt die Annahme folgender Resolution:

Die Handelskammer erklärt es für wünschenswerth, den preuß. Staat in seinem Bestreben: 1) den preussischen Staatseisenbahnbesitz auszu dehnen und zu consolidiren, 2) die gesammten Rechte Preussens über Eisenbahnen an das Reich zu übertragen; in jeder Weise zu unterstützen, weil nur in dieser Weise das Reich in den Stand gesetzt werden kann, ein Reichseisenbahn-Gesetz anzubahnen und die Tarifreform in gründlicher Weise durchzuführen.

Referent Friedenthal macht darauf aufmerksam, daß die Resolution zum Theil direct der Ansicht der Commission entgegenstehe. Wolle man sich in dem Sinne aussprechen, so werde man ganz bestimmte Motive aufstellen müssen, bei dem unklaren Stande der Sache erscheine es nicht ratsam, die Ausdehnung des preussischen Eisenbahnbesitzes zu empfehlen. — Dr. Gras erklärt sich für die Commissions-Anträge, da er glaubt, daß wir nahe daran sind, zu einem einheitlichen Tarif-System zu gelangen. Es sei zur Zeit inopportun für die Handelskammer, für den Ankauf der Eisenbahnen durch den Staat resp. das Reich Stellung zu nehmen.

Bankier Sadur empfiehlt mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Sache eine namentliche Abstimmung über die Anträge der Commission. Kaufm. Grünwald erklärt sich dafür, dieselben pure anzunehmen. Ebenjo Fabrikbesitzer Schöller, der der Kammer gleichzeitig anheimgiebt, sich bei dieser Gelegenheit kräftig für eine Tarifreform auszusprechen. Kaufm. Beyerstorff warnt die Kammer, sich der von der Staatsregierung beabsichtigten Reform entgegenzustellen. Nachdem sich im Weiteren die Herren Geh. Rath v. Ruffler und Rosenbaum für die Commissions-Anträge geäußert, führt Dr. Gras noch aus, daß eine vollständige Tarifeinheit nicht erreicht werden würde, worauf die Discussion geschlossen wird. Der Referent begründet nochmals das Votum der Commission. Dasselbe wird demnach mit 7 gegen 6 Stimmen angenommen.

Hierauf folgt noch eine geheime Sitzung.

Berlin, 11. Oct. Anfanglich war die Stimmung der Börse recht fest und alle Voraussetzungen berechtigen auch zu der Annahme, daß die weitere Entwicklung des Verkehrs in gleicher Tendenz stattfinden werde. Die Cours-Entwicklungen von den übrigen Hauptbörsen Europas lauteten ebenfalls günstig und es gewann den Anschein, als seien die politischen Wirren, über deren Lösung man selbst in maßgebenden Kreisen wohl schwerlich eine klare Anschauung haben dürfte, einstweilen etwas in den Hintergrund gedrängt. Diese günstige Disposition war aber nicht von langer Dauer, sondern jähwand, als eine Depesche bekannt wurde, daß Serbien den vorgeschlagenen längeren Waffenstillstand abgelehnt hätte. Diese Nachricht bewirkte auf sämmtlichen Gebieten der Börsentätigkeit einen Drud, der bei der überhaupt herrschenden Geschäftsstille in der Coursbewegung allerdings nicht voll zur Geltung kommen konnte. Die geschäftlichen Transactionen hielten sich in dem engen Kreise weniger Speculationen-Papiere. — Als alleinige Ausnahme wären jedoch Laura-Actien zu erwähnen, in denen wiederum ein sehr lebhafter Verkehr stattfand. Obgleich die Kaufkraft das Angebot übertraf, blieb es jedoch nicht zu vermeiden, daß bei der allgemeinen Abwärtsbewegung auch für die Laura-Actien ein Rückgang des Courfes eintrat, der nicht nur die anfängliche Abnane ausföb, sondern die Noth auch noch unter den getriggen Schlusscoursen drückte. Später besserte sich die Haltung etwas. Die internationalen Speculations-Effecten gingen zu mehrfach schwankenden Courfen verhältnismäßig rege um. Im Allgemeinen stellte sich das Coursniveau um ein Geringes höher als gestern. Die bald nach Eröffnung der Börse eingetretene Ermattung machte gegen den Schluß einer Besserung Platz, so daß die Coursrückgänge fast ganz wieder ausgeglichen wurden. Die österreichischen Nebenbahnen trugen eine feste Prognose, blieben aber sehr still, Galizier behaupteten sich sehr gut. Mit Ausnahme von Laura-Actien verhielten sich die localen Speculationen werthe sehr ruhig. Disconto-Commandit 118,40, ult. 119—17¼—18, Dortmund Union 9,75, Laurahütte 73¼, ult. 74¼—5—3¼—3¼. Für aus-

ländische Staats-Anleihen gewann der Verkehr ein regeres Leben. Die Cours-Notirungen blieben fast meist unverändert, während die Stimmung hin und her schwankte. Russische Werthe matt und weichend. Preussische und andere deutsche Staatspapiere ganz unbelebt. Ebenjo waren die Umsätze in Eisenbahnprioritäten ganz unbedeutend und die Courfe wenig verändert. Auf dem Eisenbahnamienmarkt stagnirte das Geschäft fast gänzlich. Oberschlesische um eine Kleinigkeit besser. Gölzger anziehend, auch Rumänische Obligationen etwas gestiegen. Danfaction sehr still. Preussische Bodencredit belebt und höher. Wiener Unionbank zog einige Procente an. Sprit. Brede wiederum steigend. Vöriehandels-Berein wurde lebhaft umgefebt. Geraer Creditbank besserte die Notiz etwas. Meininger matt. Industripapiere unbeachtet, Charlottenburger Pferdebahn anziehend, Große Pferdebahn behauptet, Senfter und Centralstraße begehrt, Freund Maschinenfabrik belebt und steigend, Hartmann Maschinenfabrik und Oberchl. Eisenbahnbedarf sehr fest und in gutem Verkehr. Pluto wiederum höher, Nachen-Höngener, Courl und Donnersmarkt besser, Bergisch-Märkisches Bergwerth matt.

Um 2¼ Uhr: Matt. Credit 254,50 Br., Lombarden 133, Franzosen 464, — Reichsbank 158,50, Disconto-Commandit 117,75, Dortmund Union 9,75, Laurahütte 73,75, Cöln-Mindener 103,50, Rheinische 114,50, Bergische 80,50, Rumänen 15,25, Türken 10,75.

Berlin, 11. Oct. [Productenbericht.] Die Nachricht bezüglich des Seitens der Forste acceptirten längeren Waffenstillstandes hat die Stimmung für Getreide nachtheilig beeinflusst. Roggen feste merlich niedriger und hat sich nach mäßigem Umsatz auf Termine schließlich nur wenig befestigt. loco war der Handel heute recht schwerfällig. — Roggenmehl wenig belebt und flau. — Weizen niedriger, doch in ziemlich regem Verkehr und etwas fester zum Schluß. — Hafer loco unverändert, Termine etwas matter. — Rübel, anfänglich flau und zu nachgelassen Preisen verkauft, wurde später reger begehrt und erholte sich bemerkbar im Werthe. — Petroleum vernachlässigt. Preise zu Gunsten der Käufer. — Spiritus ist wenig verändert, unterlag aber mehrfachen Schwankungen. Gefündigte 870,000 Liter scheinen vorläufig nicht in feste Hände gelangt zu sein.

Weizen loco 183—225 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, feiner weißer märkischer — M. ab Rahn bez., per April-Mai 210—210¼ M. bez., per September-October — M. bez., per October-November 203 bis 203¼ M. bez., per November-December 204—204¼ M. bez. Gefündigt 14,000 Ctr. Kündigungspreis 203¼ M. — Roggen loco 149 bis 187 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, russ. 150—152 M. ab Rahn bez., neuer russischer 160—164 M. bez., inländ. 180—185 M. ab Rahn bez., per Frühjahr 158—158¼ M. bez., per September-October 153¼—154 M. bez., per October-November 153¼—154 M. bez., per November-December 154—154¼ M. bez., per December-Januar 156—156¼ M. bez. Gefündigt 17,000 Ctr. Kündigungspreis 154 M. — Gerste loco 130 bis 180 M. nach Qualität gefordert. — Hafer loco 130 bis 170 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, est- und westpreussischer 145—163 M. bez., russischer 142—156 M. bez., pommerischer 160—165 M. bez., schlesischer 156—163 M. bez., polnischer — M. bez., galizischer 145 bis 155 M. bez., böhmischer 162 bis 166 M. bez., ungarischer 145 bis 153 M. ab Rahn bez., per Frühjahr 153 M. bez., per September-October 155 M. bez., per October-November 148¼ M. bez., per November-December 148 M. bez. Gefündigt 4000 Ctr. Kündigungspreis 155 M. — Erbsen: Kochwaare 166 bis 200 M., Futterwaare 159—165 M. — Weizenmehl per 100 Kilo Br. unterfeuert incl. Sad Nr. 0: 28,50 bis 26,50 M., Nr. 0 und 1: 26,50 bis 25,00 M. bez. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. unterfeuert incl. Sad Nr. 0: 25,00—23,50 M. bez., Nr. 0 und 1: 23,25—22,00 M. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1: incl. Sad per April-Mai 22,40 M. bez., per September-October 22,70 bis 75 M. bez., per October-November 22,45—40 M. bez., per November-December 22,35 M. bez., per December-Januar 22,35 M. bez., per Januar-Februar 22,35 M. bez., per Februar-März 22,35 M. bez. Gefündigt — Ctr. Delsaaten. Raps — M. bez., Rübsen — M. bez. — Rübel pro 100 Kilo loco ohne Faß 69,5 M. bez., per April-Mai 72—71,9—72,4 M. bez., per Septbr.-October 69,3—69—69,7 M. bez., per October-November 69,3 bis 69—69,7 M. bez., per November-December 69,8—5—70,2 M. bez., per December-Januar — M. bez. Gefündigt 1700 Ctr. Kündigungspreis 69,5 M. — Leinöl loco — M. bez. — Petroleum loco per 100 Kilo incl. Faß 44 M. ab Rahn bez., per September-October — M. bez., per October-November 41,5 M. bez., per November-December 41,5—3—4 M. bez., per Decbr.-Januar 41,00 M. bez., per Januar-Februar 40,3 M. bez. Gefündigt — Bar. Kündigungspreis — Mark.

Spiritus loco „ohne Faß“ 47,2—2 M. bez., mit leichten Gebinden — M. bez., ab Speicher — M. bez., „mit Faß“ — M. bez., per April-Mai 50,2 bis 7 M. bez., per September-October 47,2—7 M. bez., per October-November 47,2—7 M. bez., per November-December 47,6 bis 48,2 M. bez. Auf Woche zu liefern — M. Gefündigt 870,000 Liter. Kündigungspreis 47,5 M.

## Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Paris, 11. Oct. Abends. Boulevardrente 71, 72. dto. 106, 42, Türken 12, 72, Egyptier 213, Ottomanen 333. Unentschieden.

Frankfurt a. M., 11. Octbr. Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. [Schluß-course.] Londoner Wechsel 204,00. Pariser Wechsel 81,15. Wiener Wechsel 166,30. Böhmische Westbahn 147¼. Elisabethbahn 119¼. Galizier 173¼. Franzosen\* 232. Lombarden\* 65¼. Nordwestbahn 107¼. Silberrente 56¼. Papierrrente 53¼. Russische Bodencredit 84. Russen 1872 92¼. Amerikaner 1885 100¼. 1860er Loose 101¼. 1864er Loose 257,80. Creditactien\* 126¼. Desterreichische Nationalbank 708,00. Darmst. Bank 108. Berliner Bankverein 84¼. Frankfurter Wechselbank 83. Dester.-deutsche Bank 92. Meininger Bank 76¼. Hessische Ludwigsbahn 99. Oberhessen 73¼. Ungarische Staatsloose 143,70. do. Schaganweisungen alte 86. do. Schaganweisungen neue 84. do. Ostbahn-Obligationen 11. 58¼. Central-Pacific 98¼. Reichsbank 158¼. Speculationenpapiere schwankend. Bahnen und Anlagewerthe fest.

Nach Schluß der Börse: Schwab. Creditactien 126¼. Franzosen 231¼. Lombarden —. Galizier —. Silberrente —. Papierrrente —. 1860er Loose —. Reichsbank —.

\*) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 11. Octbr. Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Br.-A. 115¼. Silberrente 56¼. Creditactien 125¼. 1860er Loose 101¼. Franzosen 577. Lombarden 161. Ital. Rente 73¼. Vereinsb. 117¼. Laurahütte 73¼. Commerzbant 94¼. Norddeutsche 126¼. Anglo-deutsche 45¼. Internationale Bank 83¼. Amerikaner de 1885 96¼. Köln-Minden. St.-A. 103¼. Rhein-Eisenbahn do. 114¼. Bergisch-Märkische do. 80¼. Disconto 3¼ pct. — Schluß matt.

Hamburg, 11. Oct. Nachmittags. [Getreidemarkt.] Weizen loco rubig, auf Termine matt. Roggen loco fest, auf Termine matt. Weizen pr. October 200 Br., 199 Gd., pr. November-December pr. 1000 Kilo 203 Br., 202 Gd. — Roggen pr. October 146 Br., 145 Gd., pr. Nov.-December pr. 1000 Kilo 149 Br., 148 Gd. Hafer rubig. Gerste flau. Rübel still, loco 73, pr. October 72¼, pr. Mai pr. 200 Pfund 73. — Spiritus rubig, pr. Octbr. 37¼, pr. October-Novbr. 37¼, pr. Novbr.-December 37¼, pr. April-Mai pr. 100 Liter 100¼ 38¼. Raffee fest, Umsatz 4000 Sad. Petroleum rubig, Standard white loco 19, 75 Br., 19, 50 Gd., pr. Oct. 19, 50 Gd., pr. October-December 20, 00 Gd. Wetter: Trübe.

Liverpool, 11. October, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 15,000 Ballen. Gefragt. Tagesimport 1000 Ballen amerikanische.

Liverpool, 11. October, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 20,000 Ballen, davon für Speculation und Export 4000 Ballen. Stramm. Amerikaner auf Zeit ½ D. höher. Middl. Orleans 6¼, middl. amerikanische 5¼, fair Dhollerah 4¼, middl. fair Dhollerah 4¼, good. middl. Dhollerah 4¼, middl. Dhollerah 3¼, fair Bengal 3¼, good fair Broach —, new fair Domra 4¼, good fair Domra 4¼, fair Madras 4¼, fair Bernam 5¼, fair Smyrna 5, fair Egyptian 6. —

Newyork, 11. Octbr. Abends 6 Uhr. [Schluß-Course.] Wechsel auf London 4, 84. Gold-Agio 9. ¼ Bonds de 1885 111¼, dito 5¼ fundirte Anleihe 114¼. ¼ Bonds de 1887 115¼. Erie-Bahn 10¼. Baumwolle in Newyork, neue Ernte, 11. do. in New-Orleans, neue Ernte, 10¼. Raff. Petroleum in Newyork 26. Raff. Petroleum in Philadelphia 26. Mehl 5, 30. Mais (old mixed) 58. Rother Frühjahrsweizen 1, 28. Coffee Rio 18¼. Savanna-Zuder 9. Getreidefracht 6. Schmalz (Warte Wilcox) 11¼. Eped (short clear) 8¼.

Antwerpen, 11. October, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Geschäftlos.

Antwerpen, 11. Octbr., Nachmittags. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 49¼ bez., 49¼ Br., pr. Octbr. 48¼ bez., 49 Br., pr. November 49¼ Br., pr. December 48¼ bez., 49 Br. Fest. Bremen, 11. Octbr. Nachmittags. [Petroleum.] (Schlußbericht.) Standard white loco 19, 85, pr. Novbr. 20, 10, pr. December 20, 40. Fest.

Berliner Börse vom 11. October 1876.

Fonds- und Geld-Course. Consolidirte Anleihe, Staats-Anleihe, Staats-Schuldscheine, etc.

Wechsel-Course. Amsterdam 100 Fl., London 100 Lstr., Paris 100 Fr., etc.

Eisenbahn-Stamm-Actien. Aachen-Divid. pro 1874, Berg-Markische, Berlin-Anhalt, etc.

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien. Berlin-Görlitz, Berliner Nordbahn, Breslau-Narwan, etc.

Hypotheken-Certificate. Krupp'sche Präm.-Obl., Ost. Hyp.-Bd., etc.

Bank-Papiere. Allg. Deut. Hand.-G., Anglo-Deutsche Bk., etc.

Ausländische Fonds. Oest. Silberrente, Russ. Präm.-Anl., etc.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien. Berg-Mark. Serie II, do. III, etc.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien. Berlin-Görlitz, do. Lit. C., etc.

Bank-Papiere. Berliner Bank, Berl. Bankverein, etc.

Telegraphische Depeschen. (Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Petersburg, 11. Oct. Nach einer Meldung der „Internationalen Telegraphen-Agentur“ aus Ragusa vom heutigen Tage, hat ein Infanterie-Detachement der Truppen Despotovics am 8. d. die türkischen Ortshäuser Kistne und Bustostrato, südlich von Livno, eingenommen.

Ragusa, 11. Octbr. Wie von türkischer Seite hierher gemeldet wird, ist Dermisch Pascha in den District Bielopawlitzi eingebrungen, bis Martiniz vorgerückt und hat dafelbst alle wichtigen Positionen besetzt.

Cettinje, 11. Oct., Abends. Gestern wurden aus Grahowo fünfzehn türkische Gefangene hierher gebracht. Von den Truppen des Dafovic ist nicht bloß Kubinje, sondern sind alle türkischen Dörfer des Kubinjer Bezirks niedergebrannt, dabei sind 1500 Türken gefallen und in ihren eigenen Häusern verbrannt.

New-York, 11. Oct. Das Resultat der Wahlen in Ohio und Indiana ist noch immer unvollständig, doch wird angenommen, daß die Republikaner in Ohio siegen. Betreffs Indiana schreiben sich beide den Sieg zu, doch erzielten die Demokraten wahrscheinlich die Majorität.

Wien, 11. Octbr. In hiesigen diplomatischen Kreisen betrachtet man die von der Pforte beanspruchte ungemessen lange Dauer des Waffenstillstandes als eine einfache Ablehnung der Seitens der Großmächte gemachten Anträge und hält man größere Schwierigkeiten für bevorstehend.

Konstantinopel, 11. Oct. Gegen Midhat Pascha ist heute ein Attentat versucht worden, welches jedoch vereitelt wurde. An den Palast Midhat Paschas ist ein Drohbrieff besiegelt worden, in welchem weitere Attentate angekündigt werden, wenn die Pforte nicht gegen die Einmischung der Mächte auftritt.

Breslau, 12. Octbr., 9 1/2 Uhr Vorm. Am heutigen Markte war der Geschäftsverkehr im Allgemeinen sehr schwach, bei mäßigen Zufuhren und unbedeutenden Preisen.

Weizen in febr fester Haltung, per 100 Kilogr. schlesischer weißer 16,80 bis 18,80—21,20 Mark, gelber 16,80—18,00 bis 20,00 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, feine Qualitäten gut verkauft, per 100 Kilogr. neuer 16,50 bis 17,00 bis 18,00 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste ohne Venderung, per 100 Kilogr. neue 13,80 bis 15,00 Mark, weiße 15,20—15,60 Mark.

Hafer gut behauptet, per 100 Kilogr. neuer 13,20 bis 14,20 bis 15,00 Mark.

Maiz unverändert, per 100 Kilogr. 11,50—12,50—13,70 Mark.

Erbsen in gedrückter Stimmung, per 100 Kilogr. 16,00—17,00 bis 18,50 Mark.

Bohnen gute Kaufkraft, per 100 Kilogr. 15,80—16,80—18,00 Mark.

Lupinen in matter Haltung, per 100 Kilogr. gelbe 9,00—10,80 Mark, blaue 9,50—11,00 Mark.

Wicken in ruhiger Haltung, per 100 Kilogr. 15—16—17,50 Mark.

Delfsaaten schwach zugeführt, Schlaglein in matter Haltung.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf. Schlag-Leinsaat, Winterraps, Winterrüben, Sommerrüben, Lenddotter.

Rapskuchen unverändert, per 50 Kilogr. 7,40 bis 7,60 Mark, per Seckleejamen schwach zugeführt, rother gut gefragt, per 50 Kilogr. 57 bis 62—66—69 Mark.

Leinfuchsen behauptet, per 50 Kilogr. 9,80—10 Mark. hochjeiner über Notiz.

Lymothee mehr angeboten, per 50 Kilogr. 27—31—35 Mark. Mehl in ruhiger Haltung, per 100 Kilogr. Weizen fein alt 32,50 bis 33,50 Mark, neu 29,50—30,50 Mark, Roggen fein 27,50—28,50 Mark, Hausbacken 26,50—27,50 Mark, Roggen-Zuttermehl 10,50—11,00 Mark, Weizenkleie 7,75 bis 8,75 Mark.

ff. [Getreide- u. Transporte.] In der Zeit vom 1. bis 7. October c. gingen in Breslau ein: Weizen: 131,956 Mgr. aus Oesterreich (Galizien, Mähren c.), 11,941 Mgr. über die Oberschlesische Bahn, 24,410 Mgr. über die Posener Bahn, 37,444 Mgr. über die Mittelwalder Bahn, 49,285 Mgr. über die Freiburger Bahn, 108,514 Mgr. über die Rechte-Deer-Ufer-Bahn, im Ganzen 363,550 Mgr.

Richter. — Das Theaterjubiläum. Ansichten und Entwürfe aus dem Nachlasse von Heinrich Marr. — Die Fremde. Schauspiel in 5 Acten von Alexander Dumas Sohn. — Besprochen von P. L. — Aus der Hauptstadt: Die 50. Ausstellung der königl. Akademie der Künste zu Berlin. Von Gustav Florke. I. — Notizen.

Bermischtes. [Zwei Hinrichtungen.] Aus München, 9. d., berichtet man: „Heute sah München das traurige Schauspiel zweier Hinrichtungen an einem Tage, und zwar unmittelbar nacheinander. Es waren die beiden Mörder, der Metzgergefelle Valentin Glasgen von Friedenheim nächst München und der Doppelmörder Tagelöhner Johannes Ruf von hier, welche zur Sühne der irdischen Gerechtigkeit für ihre Schreckthaten das Haupt unter das Fallbeil zu legen hatten. Der Erstere hatte in der Nacht vom 27. zum 28. December d. J. einen Holzfuhrmann auf der offenen Landstraße zwischen hier und Starnberg ermordet, um sich seinen Wagen mit Brennholz anzueignen. Ruf, ein zur Strafe aus dem Militärdienst entlassener Trommler, hatte im Jahre 1870 eine Landlerin ermordet. Als noch minderjährig, konnte er damals nicht zur Todesstrafe, sondern nur zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurtheilt werden. Diese war ihm so verhasst, daß er, ausgebrochenem Maken um sie abzuliegen, mit ganz kaltem Blute am 4. Februar d. J. einem Wärter im Zuchthause 27 so bedeutliche Wunden mit einer Schere beibrachte, daß derselbe nach wenigen Tagen starb. Vom Schwurgerichte für Oberbayern zum Tode verurtheilt, Glasgen am 7., Ruf am 10. Juli d. J., sahen nun diese beiden Unmenschen ihrem blutigen Ende entgegen. Der Erstere mehr und mehr ruhig, Ruf trotzig, cynisch bis zuletzt. Das Schaffot war im rückwärtigen Hofe der Frohnstube in derselben Weise aufgerichtet und durch dunkelblaue Tücher dem Auge der Nachbarstadt entzogen, wie bei der Hinrichtung des Vattistella. Zwei rohgezimmerte Särgen standen zur Aufnahme der Leichname bereit. Schlag 7 Uhr trat der Vollzugs-Commissär in Begleitung des Staatsanwalts in die Zelle des Glasgen, um ihm anzufordern, daß er den letzten Gang anzutreten habe. Ruhig vernahm er diese Mittheilung und ließ sich willig die Hände auf den Rücken binden und von sechs Genarmen in den mittleren Hof führen, wo ihm das Urtheil verkündigt, der Stab gebrochen und vor die Füße geworfen wurde. Hierauf nahm ihn der Scharfrichter Scheller in Empfang, der ihm eine schwarze Binde über die Augen legte und ihn dann seinen beiden Gehilfen übergab, die ihn in die Mitte nahmen und zum Schaffot führten. Blau wie eine Leiche und in Folge seines Augenlebens abgemagert bis zum Skelet, doch sichern und ruhigen Schrittes betrat er das Schaffot, mit lauter Stimme dem Kapuziner-Pater die Sterbegebete nachsprechend. In einigen Secunden war er auf die Bank geschnallt und unter das Beil geschoben, das sofort mit dumpfem Schalle fiel und das Haupt vom Stampe trennte. Die letzten Worte des Gerichteten waren: Gott sei mir Sünder gnädig! Rumpf und Kopf wurden in den bereitgehaltenen Sarg gelegt und nach der Anatomie gebracht. Mittlerweile wurde der blutige Apparat mit Sägespänen bestreut und ein neues Beil eingelegt, da das gebrauchte etwas stumpf geworden war. Auf's Neue ertönte das Armesündergeklänge und der Mörder Ruf trat seinen letzten Gang in derselben Weise wie Glasgen an, doch war sein Verhalten ein ganz anderes. Die Furcht vor dem Tode hatte ihm fast vollständig die Sinne verwirrt, so daß er bei der letzten Verkündigung des Urtheils wie wahnsinnig um sich blickte. Willig ließ er sich zur Bank führen, mit emporgewobenen Haupte die Sterbegebete laut betend; als ihn jedoch der Scharfrichter an die Bank selbst schnallen wollte, spreizte er sich mit den Armen, so daß es der ganzen Kraft der Gehilfen bedurfte, um die Riemen fest anzuziehen. Als die Bank umgelegt war, weigerie sich Ruf mit aller Gewalt, seinen Kopf in den eisernen Ring zu legen und hatten sowohl der Scharfrichter als die Gehilfen große Mühe, den Körper in die richtige Lage zu bringen. Der Widerstand des Delinquenten war in wenigen Secunden durch das Beil gebrochen. Um halb 8 Uhr war das schauerliche Drama, zu dem die schönste Morgenfonne leuchtete, beendet. Die beiden Verbrecher hatten ihre Freveltthaten mit dem Tode gefühnt.“

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Table with 4 columns: Octbr. 11. 12., Nachm. 2 U., Abds. 10 U., Morg. 6 U. and rows for Luftwärme, Luftdruck, Dunstdruck, Feuchtsättigung, Wind, Wetter.

Paris 1671. Gegen Husten u. Heiserkeit

sind das vorzüglichste Hausmittel die echten Pariser Brustcaramellen, 1 Packet 30 Pf. Verbreitet über den ganzen Erdkreis und empfohlen von den berühmtesten Aerzten der Welt. — Liefert dieselben einzig und allein echt das Haus Maria Benno de Donat Paris 4 bis Depot Potthoff Rue Monton. Erster Pariser Bazar 1671, echte Pariser Chocoladen, Caramellen u. Thees. Expedition en gros für Deutschland, Oesterreich, Rußland, Breslau, Schweidnitzfrage 8. [4834]

Die Russische Caviar-Niederlage von B. Persicaner in Myslowitz Astrachaner Caviar in mehreren Qualitäten d. Brutto-Pfd. mit Mt. 4,75 bis Mt. 4,50.

Dr. Julius Steinitz, pract. Arzt, Kupferschmiedstr. 45. Sprechstunden: 8—9 und 3—4 Uhr. Visitenkarten, 100 Stück für 15 Sgr. bis 20 Sgr. N. Raschkow jr.

Havana-Cigarren à Mille 67,50, 75, 90 bis 200 Mark, Manila-Cigarren à Mille 60 Mark, etc.

Triest, 11. Octbr. Der Lloydampfer „Apollo“ ist mit der ostindischen Ueberlandspost heute Morgen aus Alexandria hier eingetroffen. Breslau, 12. Oct. [Wasserstand.] D.-B. 5 M. 10 Cm. U.-B. — M. 36 Cm.